

Kurzfassung der Ergebnisse der Studie «Auswirkungen einer Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150 Prozent auf mittelständische Unternehmen und besonders Familienunternehmen in der Schweiz» (Zürich, August 2020).

## **99%-Initiative: Massive Zusatzbelastungen für Familienunternehmen und Startups**

**Die Juso-Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» wurde bekannt als «99-Prozent-Initiative». Sie will ab einem bestimmten Schwellenwert Kapitaleinkommen im Umfang von 150 Prozent besteuern. Die vorliegende Studie zeigt die schwerwiegenden Auswirkungen einer solchen Kapitaleinkommensbesteuerung auf mittelständische Unternehmen, auf Familienunternehmen und auf Startups. Im Fokus stehen dabei die Folgen der Initiative in Bezug auf die jährlich wiederkehrende Besteuerung, auf die Unternehmensnachfolge sowie auf den Ausstieg von Gründern bei Startups. Die entsprechenden Fallkonstellationen zu Familienunternehmen und Startups zeigen: Die Konsequenzen der Initiative wären für diese verheerend. Sie stuft die Attraktivität der Schweiz als Standort für erfolgreiche Unternehmer massiv zurück.**

Die Initiative will Kapitaleinkommensteile, die über einem definierten Schwellenwert liegen, massiv stärker besteuern; vorgesehen ist, diese im Vergleich zu Lohneinkommen um 50 Prozent stärker zu belasten. Der Initiativtext legt nicht exakt fest, welche Einkommensteile zu den Kapitaleinkommen zu zählen sind. Gemäss Auslegung der Initianten wären Zinserträge (auch Mietzinsen), Dividenden und Kapitalgewinne betroffen, also etwa auch die Gewinne aus Unternehmensverkäufen.

Die von economiesuisse sowie Swiss Family Business in Auftrag gegebene Studie zeigt die Auswirkungen der Initiative mit der vorgesehenen Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150 Prozent in drei Bereichen: Auf die laufende Besteuerung von mittelständische Unternehmen, auf die Nachfolgeplanung bei Familienunternehmen sowie auf den Verkauf von Startups. Sie beschreibt, wie die 99%-Initiative die Schweizer KMU, Familienunternehmen und Startups massiv zusätzlich belastet und damit den Standort Schweiz für Unternehmer unattraktiv macht

### **Erhöhter Mittelabfluss aus den Familienunternehmen über die laufende Besteuerung**

Die Auswirkungen der 99%-Initiative auf die laufende Besteuerung eines Familienunternehmens führen zu einer erheblichen Zusatzbelastung des Unternehmers.

***Das verfügbare Einkommen aus der unternehmerischen Tätigkeit sinkt mit der Initiative auf einer Bandbreite von minus 9.2 Prozent bis minus 28.9 Prozent. Will der Unternehmer ein verfügbares Einkommen nach Steuern mit der 99%-Initiative auf der Höhe des geltenden Rechts behalten, so muss er aufgrund des zusätzlichen Substanzabflusses an den Staat seine laufenden Bezüge erhöhen. Zu diesem Zweck müsste er sein jährliches Gehalt zwischen 15 bis 39 Prozent erhöhen oder seine jährliche Dividendenausschüttung um 26 bis 92 Prozent höher ansetzen.***

Viele Familienunternehmer müssen sich ferner eine Dividende ausschütten, um zusätzlich zu ihren Einkommensteuern noch die Vermögenssteuern auf ihrem Unternehmen bezahlen zu können. Wird die Besteuerung der Dividenden erhöht, müssen von den Firmeninhabern mehr Mittel aus dem Unternehmen abgezogen werden, damit sie über denselben Betrag für die Begleichung der Vermögenssteuer verfügen können.

Die Studie zeigt auf, dass die Zusatzbelastung durch die 99%-Initiative bei Familienunternehmen zu einem erheblichen jährlichen Abfluss von Steuermitteln an den Staat führt. Diese fehlen im Unternehmen. Es kommt zu einer fortlaufenden Substanzabnahme: es bleiben weniger Mittel für Investitionen und Innovationen, das wiederum führt zu weniger (neuen) Arbeitsplätzen. Die 99% Initiative zerstört die Anreize für eine unternehmerische Tätigkeit in der Schweiz in hohem Masse.

### **Erschwerung für Nachfolgelösungen bei Familienunternehmen**

Massive Auswirkungen hat die 99%-Initiative insbesondere auch auf Unternehmensnachfolgen in Familienunternehmen. Aus verschiedenen Untersuchungen ergibt sich, dass 92 Prozent aller Nachfolgeregelungen entgeltlich erfolgen. Der abtretende Unternehmer muss aus dem Verkaufserlös entweder ganz oder teilweise seinen Lebensunterhalt im Alter finanzieren oder er muss mehrere Kinder im Rahmen der Erbteilung gleichmässig abgelden.

Bei einer Nachfolgeregelung wird die über viele Jahre aufgebaute Firmensubstanz übertragen. Der im Rahmen der Initiative vorgesehene Schwellenwert wird damit selbst bei kleineren Firmenstrukturen deutlich überschritten.

***Die Studie zeigt, dass der Nettoerlös des Unternehmers aus der entgeltlichen Nachfolgeregelung nach Inkrafttreten der 99%-Initiative im Vergleich zum geltenden Recht um 26 bis 58 Prozent sinkt. Die Differenz ergibt sich durch den substanziellen Abfluss eines Teils des Verkaufserlöses an den Staat. Der Unternehmer muss den Kaufpreis für seine Unternehmung um 39 bis 165 Prozent erhöhen, falls er seinen Nettoerlös aus der Nachfolgeregelung mit der 99%-Initiative im Vergleich zum geltenden Recht gleich hochhalten will. Dies führt schliesslich dazu, dass der Nachfolger den entsprechend erhöhten Verkaufspreis finanzieren muss.***

Das kann etwa über zusätzliche Darlehen erfolgen. In den meisten Fällen muss die Kaufpreiserhöhung vom Nachfolger aus der übernommenen Unternehmung finanziert werden. Das bewirkt im Ergebnis ein Mittelabfluss aus der Unternehmung. Damit fehlt der Gesellschaft der finanzielle Spielraum für Investitionen in Mitarbeitende, in Innovationen und in die Erneuerung der Infrastruktur. Letztlich steigt auch das Risiko, dass die Finanzierung mangels Kreditgeber nicht zustande kommt, die Nachfolge scheitert und das Unternehmen liquidiert werden muss.

Der Firmenstandort Schweiz wird massiv geschwächt und verliert an Attraktivität. Insbesondere der Anreiz für die unternehmerische Tätigkeit in der Familie wird durch die Initiative stark beeinträchtigt.

### **Exit für den Startup Hub Schweiz**

In der Schweiz hat sich in den letzten Jahren eine vitale Gründerszene entwickelt. Jährliche Rankings attestieren der Schweiz aufsteigende Ränge bei den Rahmenbedingungen für Startups. Mit der Juso-Initiative würde die Attraktivität der Schweiz für Gründer dramatisch einbrechen. Gründer von Startups fokussieren ihre unternehmerische Energie oft voll in den erfolgreichen Aufbau eines neuen Geschäftsmodells. Mangels liquider Mittel sind die Lohnbezüge in der Anfangsphase des Unternehmens nur stark eingeschränkt möglich. Erst mit dem Verkauf der Beteiligungsrechte am Jungunternehmen, oft an eine grössere Firma, können die Gründer eine angemessene Entschädigung für ihre Anstrengungen erzielen. Vielfach investieren sie die erzielten Gewinne dann wieder in neue Startups.

***Bei einer allfälligen Annahme der 99%-Initiative würden diese Veräusserungsgewinne aus Startup-Verkäufen neu auch im Umfang von 150 Prozent besteuert. Die Folge: Der Gründer würde aus seiner Nachfolgeregelung einen um 28 bis 62 Prozent% geringeren Nettoerlös erzielen. Anstatt eines Erlöses von beispielhaft angenommenen 200, erhielte er nach Berechnungen von Experten noch 75.5 bis 144.5. Ein Anteil von 55.5 bis 124.5 fliesst an den Staat.***

Es ist klar, was das für die Startup-Szene Schweiz heisst: Gründer erhalten einen deutlich tieferen Nettoerlös aus dem Verkauf ihrer Startups. Im internationalen Vergleich führt die Initiative der Juso darum zu einer massiven Schwächung des Standorts Schweiz für Startups. **Ihre Annahme würde dazu führen, dass Gründer mit ihren Startups die Schweiz als Standort künftig meiden oder ihre Firmen vor dem Verkauf in andere Länder verlegen. Somit würde dies für die in den letzten Jahren aufgeblühte Schweizer Startup-Szene einen Exit bedeuten.**

### **Informationen zur Studie «Auswirkungen einer Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150 Prozent auf mittelständische Unternehmen und besonders Familienunternehmen in der Schweiz»**

Die Studie zeigt die Auswirkungen einer Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150 Prozent gemäss Initiative auf mittelständische Unternehmen und Familienunternehmen. Im Fokus stehen dabei die Auswirkungen der Initiative auf drei Bereiche:

- die jährlich wiederkehrende Besteuerung;
- die Unternehmensnachfolge;
- den Ausstieg von Gründern aus ihren Startups mittels Verkaufs.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut:

Dargestellt wird die laufende Besteuerung von Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit nach geltendem Recht und nach einer allfälligen Einführung der 99%-Initiative; Um eine repräsentative Bandbreite für die anwendbaren Steuersätze zu erhalten, wurden die Hauptorte Aarau, Zug und Lausanne als Wohnsitz bzw. Sitz der Gesellschaft ausgewählt. Auf Grundlage eines Fallbeispiels eines typischen Unternehmers wird eine Vergleichsrechnung erstellt.

Im Einzelnen werden die Auswirkungen der 99%-Initiative auf die laufende Besteuerung eines Familienunternehmens sowie die Steuerfolgen eines typischen Nachfolgeprozesses dargestellt. Schliesslich werden basierend auf einem typischen Fallbeispiel die Auswirkungen der Initiative auf die Nachfolgeregelung bei einem Startup gezeichnet.

Die Studie wurde von Tax Partner AG (Zürich) im Auftrag von economiesuisse sowie Swiss Family Business erstellt.

Die vollständige Studie finden Sie unter:

<https://swiss-family-business.ch/projekt/nein-zur-99-initiative-der-juso/>

## Über Swiss Family Business

Swiss Family Business ist eine Plattform von familien- und inhabergeführten Unternehmen. Als Interessenorganisation vertritt sie gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, den Behörden und der Öffentlichkeit die Anliegen von Familienunternehmen und zählt heute über 360 Mitglieder aus der ganzen Schweiz.

**Der Vorstand von Swiss Family Business setzt sich aus den folgenden Unternehmerinnen und Unternehmern zusammen:** Dr. Hans-Jörg Bertschi (Präsident des Verwaltungsrates, Bertschi AG, Dürrenäsch AG), Klaus Endress (Präsident des Verwaltungsrates, Endress+Hauser AG, Reinach BL), alt Ständerat Peter Föhn (Präsident des Verwaltungsrates, Möbelfabrik Betschart AG, Muotathal), Luc Frutiger (CEO und Delegierter des Verwaltungsrates, Frutiger AG, Thun), Annette Heimlicher (CEO und Verwaltungsrat, Contrinex AG, Givisiez FR), Dr. Daniel Heller (Partner, Farner Consulting AG, Zürich), Thomas Isler (Präsident des Verwaltungsrates, Gessner AG, Wädenswil ZH), Nationalrätin Magdalena Martullo (Vizepräsidentin und Delegierte des Verwaltungsrates, EMS Chemie Holding, Ems GR), Dr. Roy Nussbaum (CEO und Verwaltungsrat, R. Nussbaum AG, Olten SO), Nationalrat Fabio Regazzi (Präsident des Verwaltungsrates, Regazzi Holding SA, Gordola TI), Beat M. Schelling (Präsident des Verwaltungsrates, Schelling AG, Rapperswil AG), Dr. Hans-Martin Schneeberger (CEO und Präsident des Verwaltungsrates, Schneeberger Holding AG, Roggwil BE), Franziska Tschudi Sauber (CEO und Delegierte des Verwaltungsrates, Wicor Holding AG, Rapperswil SG), Dieter Weber (Partner, Tax Partner AG, Zürich), Dr. Hans-Peter Zehnder (CEO und Präsident des Verwaltungsrates, Zehnder Group AG, Gränichen AG).

Weitere Informationen zu Swiss Family Business finden Sie unter: <https://swiss-family-business.ch/>